

Die Kriminologie vor der Praxis - mehr oder weniger ratlos

Theoretische Überlegungen zum Verhältnis von Politik und
Wissenschaft, demonstriert an ausgewählten Fallbeispielen

Ausgehend von der Kontroverse über Sinn und Nutzen wissenschaftlicher Politikberatung im Bereich der Politik Innerer Sicherheit werden zunächst unterschiedliche Politikmodelle differenziert. Die Rolle von Wissenschaft erscheint dabei jeweils in einem anderen Licht. Danach werden verschiedene Vorstellungen von Wissenschaft dargestellt. Anhand exemplarischer empirischer Beispiele aus dem Bereich der Politik der Inneren Sicherheit wird sodann gezeigt, dass verschiedene Aspekte von Politik und Wissenschaft in der Praxis eine Rolle spielen können. Es zeigt sich, dass die Reduktion des Verhältnisses dieser beiden Bereiche auf eine klare Konfliktlinie den komplexen Verhältnissen nicht gerecht wird.

The complex relations between the domains of public policy and criminological research require a multidimensional understanding of political action. Different theoretical models are discussed to demonstrate the range of contributions that criminological expertise can make in the field of public policy. Using case studies from the policy area of public security the multifaceted interrelations between the two domains of policy and criminology are demonstrated.

Einleitung

Die Frage, was Wissenschaft für Politik leisten kann, wie insbesondere die Kriminologie oder die Soziologie sozialer Kontrolle und abweichenden Verhaltens die Kriminalpolitik beeinflussen, werden völlig unterschiedlich und teils widersprüchlich beantwortet. Es herrscht Uneinigkeit darüber, ob und wie sich Wissenschaft auf das Feld der (Kriminal)politik begeben soll. Zumeist verbleiben diese Diskussionen jedoch im rein Normativen. Kontroversen entzünden sich in der Kriminologie an der Frage, ob man sich in die ‚Niederungen‘ der Politik begeben soll, und welche Gefahren dort lauern (Peters/Sack 2003; sehr früh schon Brusten 1981). Der folgende Beitrag versucht, das problematische Verhältnis von Wissenschaft und Politik etwas allgemeiner zu behandeln. Dazu werden eine Reihe von Differenzie-

rungen eingeführt, die soziologische Diskussionsstränge skizzenhaft aufnehmen, um die Richtung anzudeuten, in der über die oft nicht sehr produktiven Kontroversen über den politischen Nutzen der Kriminologie hinaus zu gelangen wäre.

Zunächst wird im Folgenden versucht, die Rede von *der* Politik entlang unterschiedlicher theoretischer Paradigmen aufzufächern. Ähnlich wird mit dem Begriff Wissenschaft verfahren. Somit entsteht ein heuristisches Raster, das es ermöglichen soll, mehrere, oft als widersprüchlich und unvereinbar erscheinende Aspekte des Themas aufeinander zu beziehen. Dies geschieht durch eine Ausdifferenzierung des Problems entlang der Dimension von Mikro- und Makroaspekten.

Was heißt Politik? Empirische, normative und Governance Modelle

Das Verhältnis von Politik und Wissenschaft stellt sich je nach theoretischem Vorverständnis von dem die Betrachtung ausgeht, unterschiedlich dar. Man kann zwischen unterschiedlichen Arten des Politikverständnisses unterscheiden, von denen hier drei skizzenhaft typisiert werden sollen: Ansätze in der Tradition von Joseph A. Schumpeters empirischer Demokratietheorie, normativ intendierte Interpretationen, die sich auf Jürgen Habermas' Idee deliberativer Politik beziehen und so genannte Governance-Ansätze, die man im Vergleich zu den beiden anderen als Modelle a-rationaler Politik bezeichnen könnte.

In seiner Analyse der demokratischen Regierungsform führt Schumpeter (1993: 448) eine wichtige Differenz ein. Er unterscheidet zwischen dem sozialen Sinn und den Motiven der Akteure politischen Handelns. Beide fallen auseinander: „der soziale Sinn oder die soziale Funktion der parlamentarischen Tätigkeit (ist) ohne Zweifel die, Gesetze und teilweise auch Verwaltungsmaßnahmen hervorzubringen. Aber um zu verstehen, wie die demokratische Politik diesem Ziele dient, müssen wir vom Konkurrenzkampf um Macht und Amt ausgehen und uns klar werden, dass die soziale Funktion, so wie die Dinge nun einmal liegen, nur nebenher erfüllt wird - im gleichen Sinne wie die Produktion eine Nebenerscheinung beim Erzielen von Profiten ist.“ Diese unter dem Namen empirische Demokratietheorie bekannt gewordene Interpretation Schumpeters führt eine Unterscheidung zwischen einer als Kollektiv prinzipiell nicht vernunftfähigen Bevölkerung und den rational auf Machterhalt zielenden politischen Eliten ein. Menschen können, so Schumpeters These, nicht wissen, was sie - politisch gesehen - wollen. Rationale kollektive Willensbildungsprozesse sind eine Fiktion. Diese Differenz zwischen Eliten und Massen erhält ihren theoretischen Sinn, wenn man politisch zu entscheidende Fragen als Probleme begreift, die erstens klar formulierbar sind und zweitens eine optimale und rationale Antwort oder Lösung besitzen. Schumpeter betont die Notwendigkeit der

kurzfristigen Orientierung an Stimmen und Stimmungen, auf die eine Politik, die auf Machterhalt in einem demokratischen System zielt, reagieren muss, und verweist auf die möglicherweise gänzlich anders gelagerten Notwendigkeiten einer langfristig vernünftigen Politik. „So kann in einer Demokratie der Ministerpräsident mit einem Reiter verglichen werden, der durch den Versuch, sich im Sattel zu halten, so völlig in Anspruch genommen wird, dass er keinen Plan für seinen Ritt aufstellen kann“ (Schumpeter 1993: 456).

Man kann die Logik dieser Interpretation im Sinne der institutionellen und sozialpsychologischen Beschränkungen des politischen Handelns sehen, die - prinzipiell mögliche - vernünftige Entscheidungen verhindern. Man kann aber auch ein Theorem aus der Ökonomie heranziehen und die Probleme als Anwendungsfall der kollektiv irrationalen Folgen individuell rationalen Handelns begreifen: Da jeder seine individuellen kurzfristigen Ziele verfolgt, geraten sowohl die Nebenfolgen als auch die langfristigen Effekte aus den Augen.

Die zur politischen Behandlung anstehenden Probleme selbst hingegen erscheinen bei Schumpeter im Prinzip rational lösbar. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Politiker könnten rational handeln - wenn man sie nur ließe. Das Handlungsrepertoire, der politische Werkzeugkasten, stehen dabei nicht zur Disposition. Aber der Entscheidungshorizont der Legislaturperiode bzw. des Wahltermins lässt die politischen Entscheidungsträger langfristige Überlegungen zugunsten kurzfristiger Zustimmung ausblenden. Zwar wäre es möglicherweise sinnvoll, bestimmte Maßnahmen nicht zu ergreifen, weil sie absehbare negative Folgen nach dem nächsten oder übernächsten Wahltermin haben, aber im Angesicht der kurzfristig bevorstehenden Entscheidung über die Mehrheitsverhältnisse werden sie dennoch getroffen, um die Zustimmung des Wahlpublikums zu gewinnen. So kann man beispielsweise wissen, dass eine Politik der Erhöhung der Repression durch Erhöhung von Strafen und Ausdehnung der Freiheitsstrafen langfristig Folgekosten erzeugt, die den gegenwärtigen Gewinn bei weitem aufwiegen, dennoch werden diese Maßnahmen ergriffen, weil sie kurzfristig die Zustimmung des Wahlpublikums sichern.

Gegen diese empirische Deutung des demokratischen Politikmodells setzt Habermas seine Idee deliberativer Politik. Im Rahmen unserer Fragestellung interessieren uns an diesem Modell zwei Dinge: erstens der Aspekt der Prozeduralisierung und zweitens das Verhältnis von Öffentlichkeit und administrativem politischem System. Im Gegensatz zu Schumpeter spricht Habermas der Sphäre der Öffentlichkeit eine eigene Rationalität zu. Zwar geht auch er davon aus, dass Politik in bürokratischen und vermachteten Institutionen gestaltet wird, aber er verweist auf die vorgeschaltete Sphäre zivilgesellschaftlicher Diskurse, auf die das administrative politische System Rücksicht nehmen muss. Diese Öffentlichkeit ist nicht, wie bei Schum-

peter ein Hort des Egoismus, der zu kollektiver Irrationalität in Fragen der Politik führt, sondern entfaltet in ihren vielfältigen unorganisierten Diskursen eigenständige, politisch bedeutsame Rationalität.

Die Rationalität dieser Diskurse lokalisiert er allerdings nicht in den konkreten Antworten auf substantielle Fragen, sondern in den Prozessen, in denen solche Fragen in den unterschiedlichsten Öffentlichkeiten verhandelt und diskutiert werden. Es sind die bekannten Bedingungen der kommunikativen Vergesellschaftung, auf die Habermas hier abstellt. „Das Herzstück deliberativer Politik besteht nämlich aus einem Netzwerk von Diskursen und Verhandlungen, das die rationale Lösung pragmatischer, moralischer und ethischer Fragen ermöglichen soll - eben jene aufgestauten Probleme einer andernorts versagenden funktionalen, moralischen oder ethischen Integration der Gesellschaft“ (Habermas 1992: 388f). Die Rolle des Wählerpublikums beschränkt sich hier also nicht wie bei Schumpeter auf letztlich emotional begründete Ja-Nein-Stellungnahmen bei der Entscheidung über das politische Führungspersonal. Vielmehr kommen aus dem vorpolitischen Raum Themen, Argumente und Kritik, auf die das politische System reagieren muss, oder die es zumindest nicht folgenlos ignorieren kann. Die offene Flanke dieses Ansatzes ist die Unterstellung, dass dieses Netzwerk der Diskurse imstande sei, die Komplexität der anstehenden Regelungsmaterien angemessen zu erfassen und soweit zu bearbeiten, dass politisch anschlussfähige Positionen entstehen. Je anspruchsvoller die Standards vernünftiger Politik gesetzt werden, desto problematischer wird der kognitive Anspruch, dem ein solches Modell deliberativer Politik gerecht werden muss.

Ein Beispiel aus dem Bereich der Politik Innerer Sicherheit wäre hier etwa die Diskussion über die angemessene Reaktion auf das sogenannte Drogenproblem. Sollte hier mit Strafe und Kontrolle, also mit den traditionellen Mitteln des Kriminaljustizsystems reagiert werden oder wäre es nicht sinnvoller, auf gesundheits- und sozialpolitische Maßnahmen zurückzugreifen oder gar das Verbot des Drogenkonsums zu überdenken? Über diese Fragen wird in öffentlichen Diskursen auf unterschiedlichen Foren gestritten, verschiedene Gruppierungen vertreten ihre Positionen und versuchen, für ihre Position Mehrheiten zu finden, indem sie ethische, politische oder praktische Argumente ins Feld führen.

Das Modell deliberativer Politik setzt hohe Ansprüche an Motivation, Wissen und Organisation zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeiten. Diese offene Flanke machen sich jene als Governanceansätze bezeichneten Interpretationen zunutze, die davon ausgehen, dass die Bedingungen der Möglichkeit von Politik im traditionellen Sinne verschwinden. Das Arrangement des souveränen territorial definierten Nationalstaats als politisch handlungs- oder selbststeuerungsfähiger Einheit verliert im Angesicht von globalen Strukturen an Bedeutung. Weder kann traditionelle parlamentarische Politik mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln etwas bewirken, noch lassen

sich im Angesicht der Komplexität der Verhältnisse eindeutige und klare Problemstellungen identifizieren, die politisch geregelt werden sollen. Autoren wie John Urry (2001) oder Jean-Marie Guehenno (1994) argumentieren in dieser Richtung. Die Frage nach den Möglichkeiten und der möglichen Rationalität von Politik stellt sich aus dieser Perspektive völlig anders. Government im Sinne von Regieren im traditionellen Sinne der Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen in einem definierten Staatsterritorium wird hier durch Governance im Sinne von lokal vernetzten Steuerungsleistungen ersetzt, die mehr umfassen, als das traditionelle Repertoire hoheitlicher Verwaltungsakte und Gesetzesbefehle. Rationalität wird zu einem Begriff, der nur mehr lokale Bedeutung hat und jede normativ aufgeladene übergreifende Bedeutung abstreift. Während etwa Habermas in der Rechtsform und den Prozessen der Rechtssetzung noch das Moment universeller demokratischer Legitimität eingeschrieben sieht, diagnostizieren die Vertreter des Governance-Modells eine Entwicklung, in der sich Fragen der Begründung auf Funktionalität reduzieren werden. „Die Frage nach der Legitimität wird allmählich ebenso unpassend wie das Nachdenken über die ‚Rechtmäßigkeit‘ oder ‚Unrechtmäßigkeit‘ eines Computerprogramms. Das sanfte Brummen der gesellschaftlichen Maschinerie genügt sich selbst“ (Guehenno 1994: 87). Souveräne politische Entscheidungen, werden durch administrative Abstimmungen ersetzt: „An die Stelle des souveränen Parlaments ist inzwischen die Verhandlung zwischen Regierungsbeamten getreten, die keinem Parlament verantwortlich sind, weil kein Parlament eine Einzelheit abändern könnte, ohne das Ganze zu Fall zu bringen“ (ebd.: 88).

Wollte man auch hier ein Beispiel aus unserem Politikbereich heranziehen, so könnte man auf die Reorganisation der Polizei nach dem so genannten Neuen Steuerungsmodell verweisen. Dieses Modell basiert auf der regulierten Autonomie der einzelnen Abteilungen einer Behörde. Man erteilt den lokalen Akteuren Budgethoheit und führt den Modus der internen Verrechnung von gegenseitig erbrachten Dienstleistungen ein. Auf diese Art und Weise erhofft man sich mehr Flexibilität, Verantwortung und natürlich in erster Linie Kostenbewusstsein. Die hier vorgesehenen Veränderungen werden auf die Leistungsfähigkeit und die Verfügbarkeit polizeilicher Ressourcen nachhaltige Folgen haben. Jedoch findet die Diskussion über die Implementation dieses Modells und seine Folgen exklusiv im Binnenbereich der Verwaltung unter Beteiligung von Angehörigen der Polizeiadministration, der Politik und externer Experten für Organisationsberatung statt.

In grober Stilisierung ergeben sich also aus einer von der Politik ausgehenden Betrachtungsweise drei Szenarien für das Verhältnis von Politik und Wissenschaft, die sich darin unterscheiden, wie sie politisch zu bearbeitende Probleme, politische Akteure und Öffentlichkeit, sowie das Verhältnis zwischen diesen drei konzipieren. In einem Schumpeter'schen Szenario erscheint demokratische Politik als Elitenkonkurrenz um Machterwerb, politisch zu bearbeitende Probleme werden als grundsätzlich durchschaubar,

die Gesellschaft als prinzipiell steuerbar und die Öffentlichkeit als Ansammlung rationaler Egoisten und damit kollektiv letztlich irrationale Sphäre dargestellt. Politiker könnten hier vernünftige Entscheidungen treffen, wenn sie nicht unter dem Druck der demokratischen Notwendigkeit, Mehrheiten zu bilden, stünden.

Gemäß dem Szenario deliberativer Politik verfährt das politische System nach seiner eigenen Logik, politisch zu bearbeitende Probleme aber werden aus der vorpolitischen Öffentlichkeit angeliefert und ihre administrative Bearbeitung geschieht unter den kritischen Augen eben dieser Öffentlichkeit. Was immer der Output des politischen Prozesses sein mag, seine Qualität bemisst sich an der begründeten Zustimmung, die er erhält. Die Basis dieses Modells ist die letztlich kommunitäre lebensweltliche Verankerung einer resonanzfähigen Öffentlichkeit sowie die komplementäre Annahme, dass die von dieser Sphäre ausgehende Initiative in einem nennenswerten Sinn, vermittelt über das politisch-administrative System in die Lebenswelt zurückwirkt.

Diese Annahme jedoch wird im Angesicht der Diagnosen der Globalisierungs- und Vernetzungstheoretiker, die in großer Radikalität das Ende der souveränen politischen Einheiten postulieren, problematisch. Häufig zitierte Beispiele sind die Entmachtung nationaler politischer Entscheidungsinstanzen in Fragen der Wirtschafts- oder Umweltpolitik. Aber auch die Folgen der Informationalisierung können die radikale Entmachtung der Politik im traditionellen Sinne belegen (s. etwa die vielfältigen Beispiele bei Castells 2000). Die Souveränität des Souveräns wird hier ersetzt durch die mehr oder weniger autarke Selbstläufigkeit eines als Ganzes nicht mehr steuerbaren, undurchsichtigen Systems.

Drei Formen des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik lassen sich hier stilisieren: die traditionelle Rolle des Wissenschaftlers als Experten, der zwar in der Rolle des Experten gefragt ist, mit seinen Vorschlägen aber an den genuin politischen Notwendigkeiten scheitert (Schumpeter), die Rolle des Wissenschaftlers als Diskursteilnehmer in der Rolle des Aufklärers und Folgenabschätzers (Habermas) und die Rolle des Wissenschaftlers als Akteur in der Rolle des Ingenieurs in rein technisch zu wartenden Systemen lokaler Abstimmung und Koordination (Governance-Modell).

Wissenschaft liefert im ersten Fall bestenfalls einen Beitrag zur Machtstabilisierung für die politischen Eliten, diese nehmen selektiv nur das auf, was in ihren strategisch-politischen Kalkülen brauchbar ist und ignorieren weitergehende Einsichten. Wissenschaft erweitert im zweiten Fall den Horizont der Problemdefinition und Problemwahrnehmung und liefert damit einen Beitrag zur Gestaltung gesellschaftlicher Diskurse (innerhalb und außerhalb des politischen Systems im engeren Sinne). Wissenschaft liefert im dritten Fall pragmatisch brauchbares Deutungs- und Rezeptwissen, das in lokalen Argumentations- und Handlungskontexten Verwendung findet, aber keine

übergreifenden Ansprüche im Sinne demokratischer oder politischer Rationalität erhebt.

Jeder dieser Formen lässt sich ein dominanter Typus von Wissen und eine stilisierte Rolle der Wissenschaft zuordnen. Wissenstypologien und Rollenmodelle für Wissenschaftler, die im Bereich der Politik oder für die Politik tätig sind, sind in der Soziologie der angewandten Sozialforschung entwickelt worden (vgl. die Beiträge in Badura 1976, sowie in Beck u. Bonss 1989). Nimmt man die dort entwickelten Differenzierungen auf, so lassen sich folgende Formen unterscheiden. Im ersten Fall geht es um Wissen, das sich im Paradigma einer Weber'schen Zweck-Mittel-Rationalität beschreiben lässt, der Wissenschaftler nimmt die Rolle des objektiv-neutralen Beobachters ein und enthält sich weitergehender normativer Aussagen. Im zweiten Fall geht es mehr um Themen- und weniger um Folgenrationalität, und Wissenschaftler, die jetzt häufiger auch Wissenschaftlerinnen sind, agieren in der Rolle von Diskursteilnehmern mit einer spezifisch privilegierten Deutungskompetenz. Sie teilen sich mit anderen Akteuren die Aufgabe des Agenda-Settings für die gesellschaftliche Tagesordnung. Im dritten Fall schließlich erscheint der Wissenschaftler als diejenige Person, die über ein privilegiertes Funktionswissen verfügt, das für die Aufrechterhaltung von lokalen Prozessen von Bedeutung ist und er agiert in der Rolle des Ingenieurs, der ein Programm oder einen Mechanismus wartet. Was zählt ist die lokale Reibungslosigkeit.

Diesen Rollen lassen sich schwerpunktmäßig auch unterschiedliche Öffentlichkeiten oder Adressaten zuordnen. Im ersten Fall richtet sich Wissenschaft gleichsam machiavellistisch an die vom Wahlerfolg abhängigen Akteure der parlamentarischen Politik, im zweiten Fall auch und zunehmend mehr an eine vopolitische Öffentlichkeit und im dritten Fall im wesentlichen an die Experten der Verwaltung.

Die verschiedenen Modelle lassen sich schematisch wie folgt darstellen:

	Probleme	Akteure	Öffentlichkeit
Empirisch (Schumpeter)	Sicherung der Zustimmung des Publikums	Eliten und Wahlpublikum	Amorphes Publikum als Adressat
Normativ (Habermas)	Formulierung von politisch relevanten Problemen	Politik und zivilgesellschaftliche Öffentlichkeiten	Netzwerk von Diskursen
Governance (Guéhenno)	Koordination lokal involvierter Akteure	Experten und lokale Politikakteure	Öffentlichkeit als Umwelt

Wie im Text bereits angedeutet, finden sich für jedes dieser Politikmodelle Beispiele im Bereich der Politik der Inneren Sicherheit. Es hängt auch von den unterschiedlichen Themen ab, welches Verständnis von Politik zum Tragen kommt. Bestimmte Fragestellungen eignen sich eher für eine Insze-

nierung im Rahmen symbolischer Kreuzzüge, andere treten kontroverse öffentliche Debatten los und wieder andere verbleiben im Binnenbereich der Verwaltung und werden ohne Beteiligung der Öffentlichkeit verhandelt.

Was heißt Wissenschaft? Disziplin, Profession, Episteme

Die Frage, welche Wirkung und welche Bedeutung Wissenschaft und wissenschaftliches Wissen für die Politik haben kann, hängt natürlich auch davon ab, was man unter Wissenschaft und wissenschaftlichem Wissen verstehen will. Hier lassen sich ebenfalls theoretisch typisierende Differenzierungen einführen. Wir beschränken uns hier auf den Bereich der Sozialwissenschaften und lassen den vermutlich weit wichtigeren Bereich der Technik- und Naturwissenschaften unbeachtet. Die Einführung neuer Technologien wie der DNA-Analyse, der elektronischen Datenverarbeitung, der biometrischen Personenidentifikation, des elektronischen Halsbands und anderer telemetrischer Überwachungsverfahren haben vermutlich eine mindestens ebenso große Wirkung im Bereich der Politik der Inneren Sicherheit, wie die Rezeption sozialwissenschaftlichen Wissens (das sich wiederum auf die Folgen neuer Technologien beziehen kann). Da es in diesem Beitrag aber nicht um Kriminalistik, sondern um Kriminologie geht, bleiben derartige Formen technisch bedingter Verwissenschaftlichung außen vor.

Zunächst lässt sich entlang der Begrifflichkeit von Profession und Disziplin zwischen der sozialen Organisation und dem intellektuellem Gehalt von Wissenschaft unterscheiden. Im einen Fall geht es um Fragen der praktischen Organisation der Wissensproduktion, im anderen Fall um die kognitive Struktur und Besonderheit dieses Wissens im Vergleich zu anderen Wissensformen. Die mit dieser Unterscheidung aufgeworfenen Fragen können und sollen im Rahmen dieses Beitrags natürlich nicht erschöpfend diskutiert werden. Die Hervorhebung dieser Differenz soll hier lediglich dazu dienen, das Verhältnis von Politik und Wissenschaft begrifflich etwas komplexer zu fassen. Unterscheidet man zwischen der sozialen Organisation und der Institution Wissenschaft auf der einen und den dort produzierten Erkenntnissen auf der anderen Seite, so kann man beispielsweise untersuchen, wie die Art und Weise der Organisation von Wissenschaft den Typus von wissenschaftlichen Erkenntnissen beeinflusst. Diese Differenz ist im Rahmen der hier behandelten Thematik wichtig. Ein rein immanent ansetzendes Verständnis von Wissenschaft kann den Transfer zwischen den Rationalitätssphären von Politik und Wissenschaft nur als Übersetzung zwischen zwei autonomen Bereichen begreifen. Nimmt man hingegen die Organisation von Wissenschaft gleichsam als intervenierende Variable, so entsteht ein komplexeres Bild: Die Organisation von Wissenschaft hängt zumindest teilweise auch von politischen Entscheidungen ab und somit gibt es Rückkopplungseffekte zwischen den beiden Bereichen, die für beide Seiten wichtig sind. Setze ich politisch motivierte Prioritäten der Wissenschaftsförderung, interveniere ich aus politischen Überlegungen in den Be-

reich der Organisation von Wissenschaft, so wird das Folgen für die Art der Ergebnisse und Erkenntnisse haben, die dort produziert werden.

Ferner ermöglicht es diese Differenzierung genauer zu fragen, was genau vonseiten der Politik nachgefragt wird. Man könnte beispielsweise davon ausgehen, dass es bei dieser Nachfrage im Wesentlichen um Statusfragen geht, d.h. die Politik wäre dann weniger am kognitiven, als am sozialen Wert wissenschaftlichen Wissens interessiert. Die von der Wissenschaft produzierten Erkenntnisse könnten im politischen System ebenso produziert werden, wären dann aber nicht mit dem privilegierten Status „Wissenschaft“ versehen.

Der dritte Begriff Episteme ist in dieser Aufzählung der umfassendste. In terminologischer Anlehnung an seine Verwendung bei Michel Foucault soll damit der kognitiv-kulturelle Stil bezeichnet werden, auf dem das Verhältnis von Wissenschaft und Politik sozusagen aufsitzt. Bezogen auf den Politikbereich Kriminalität und soziale Kontrolle verweist der Begriff der Episteme etwa auf die Tatsache, dass es ein geschriebenes Recht gibt, das von entsprechenden Organisationen angewendet wird, die ihrerseits wiederum ihre Tätigkeit unter Verwendung bürokratisch gehandhabter Kategoriensysteme dokumentieren, die dann der Wissenschaft als Datenbasis dienen. Ohne moderne Polizei und Strafgerichtsbarkeit gäbe es keine Kriminellen und keine Kriminalstatistik und ohne Kriminalstatistik gäbe es keine Kriminologie, von der sich die Kriminalpolitik beraten lassen könnte. Moderne Kriminalpolitik und Kriminologie entwickeln sich in einem Prozess der Ko-evolution (vgl. Kreissl 2004).

Die Episteme liefert die Basis, auf der Politik Wissenschaft wahrnehmen und verstehen kann, sie bildet die Grundlage der Kommunikation zwischen diesen beiden Domänen. Ebenso wie die Sprache im Alltagsverständnis als Medium und nicht als strukturierende Struktur verstanden wird, entgeht die Ebene der Episteme dem naiven Blick, wenn es um die Analyse des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik geht.

Stellt man die drei Begriffe Profession, Disziplin und Episteme nebeneinander, so wird deutlich, dass die Differenzen zwischen Politik und Wissenschaft aus der Perspektive der Profession am klarsten hervortreten: Der Unterschied zwischen einer Ministerialverwaltung und einem universitären Forschungsinstitut ist nach wie vor wahrnehmbar (auch wenn er in zunehmendem Maße verschwindet). In Bezug auf das produzierte Wissen wird es schwieriger, die Differenz zwischen den beiden Domänen zu bestimmen, da auch innerhalb der politischen Administration jene Art von Wissen produziert wird, das der wissenschaftliche Forschungsprozess hervorbringt. Gänzlich unklar werden die Verhältnisse, wenn man die Perspektive der Episteme einnimmt. Hier amalgamieren die beiden Bereiche, bzw. die Hervorbringungen des einen stützen den anderen und umgekehrt.

Versuchen wir die bisher eingeführten groben kategorialen Unterscheidungen aufeinander zu beziehen, so lassen sich unterschiedliche Politik- und Wissenschaftsverständnisse kombinieren, es lässt sich ein analytischer Rahmen konstruieren, der die unterschiedlichen Problemdimensionen darstellbar macht, in denen sich das Verhältnis von Politik und Wissenschaft entfaltet.

	Profession	Disziplin	Episteme
Empirisch	×		
Normativ		×	
Governance			×

Dieses Schema stellt die möglichen Kombinationen aus unterschiedlichen Formen von Politik- und Wissenschaftsverständnis dar. Die mit × markierten Zellen zeigen dabei die jeweils ‚passenden‘ Kombinationen an.

Geht man von einem Politikverständnis in der Tradition der empirischen Demokratietheorie aus, dann lässt sich dem ein Wissenschaftsverständnis zuordnen, das den Aspekt der Profession hervorhebt. Wenn das Ziel der Politik primär über das Interesse der politischen Eliten an Machterhalt durch Wiederwahl bestimmt und dem Volkssouverän die Fähigkeit zur rationalen Überprüfung von Argumenten abgesprochen wird, dann besteht der Wert der Wissenschaft in erster Linie in dem Prestige, das ihr als Institution, unabhängig von den inhaltlichen Positionen, dem Wissen, das sie produziert, zukommt. Die unterschiedlichen Expertenkommissionen, Beiräte und Runden von „Weisen“, die von der Politik eingerichtet werden, können hier als Beispiel dienen. Ein mehrbändiges Gutachten zur Lage der nationalen Volkswirtschaft wird von Politikern weder gelesen, noch verstanden werden. Aber die medial wirksame Präsentation entsprechender Papiermengen vor laufender Kamera, untermalt mit kurzen und prägnanten Sätzen aus dem so genannten „Executive Summary“ verfehlen ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht. Politik zeigt, dass sie sich Gedanken machen lässt und diese auch in gebundener Form entgegen (und dann in aller Regel zu den Akten) nimmt.

Wird Politik hingegen eher im Sinne eines normativ argumentierenden Theorietypus verstanden, für den etwa Habermas' Konzept einer deliberativen Politik steht, dann tritt der disziplinäre Aspekt von Wissenschaft in den Vordergrund. Was Wissenschaft für den Prozess der Politikformulierung, Politikberatung und hier auch für die Kritik politischer Positionen beizutragen hat, sind in erster Linie rational überprüfbare Argumente, für die Bele-

ge in der Form wissenschaftlicher Erkenntnisse beigebracht werden können. Im Rahmen dieses Politikverständnisses ist der professionelle Aspekt der Wissensproduktion weniger von Bedeutung als der disziplinäre, wie sich am Beispiel der hier entwickelten Idee der Gegenexpertise zeigen ließe. Wichtig wäre hier dann nicht der Pressetermin, bei dem die Kommissionsvorsitzenden den Fraktionsvorsitzenden bedrucktes Papier überreichen, sondern die Auseinandersetzung zwischen den Experten der Regierung und denen ihrer Kritiker. Der Bereich der Umweltpolitik hat ein ganzes Netz an Gegenforschung und Gegenexpertise hervorgebracht, was dazu geführt hat, dass Auseinandersetzungen über die richtige Umweltpolitik als Kontroverse über die angemessene Art der wissenschaftlich begründeten Interpretation von Befunden über möglicherweise giftige Substanzen etc. geführt wird.

Begreift man Politik schließlich so, wie es die Ansätze des Governancemodells nahe legen, dann kommt man mit dem Begriff der Episteme am besten zurecht. Die Differenz von Politik und Wissenschaft als zwei unterschiedlichen Rationalitätssphären schwimmt und beide amalgamieren in einem auf Abgleichung, Koordination und Steuerung gerichteten Prozess des auf lokale Bedingungen der Politik vor Ort orientierten Aushandelns. Ob eine politische Entscheidung in einem übergeordneten Sinne vernünftig ist, hat keine sonderliche Bedeutung mehr. Worum es geht, ist die Aufrechterhaltung eines reibungslosen Funktionierens lokal produktiver Prozesse.

In jenen Politikbereichen, die sich mit abweichendem Verhalten und sozialer Kontrolle beschäftigen, finden sich Aspekte aller drei Kombinationen. Ohne den theoretisch begründeten Nachweis der Tragfähigkeit dieser drei Perspektiven hier im Einzelnen erbringen zu können, sollen sie im Folgenden als heuristische Orientierung zur Analyse von empirischen Beispielen dienen.

Vorher wollen wir jedoch noch kurz auf die Besonderheit des Politikbereichs der Inneren Sicherheit eingehen.

Politik der Inneren Sicherheit. Das letzte Residuum zur Darstellung souveräner Staatlichkeit

Im Angesicht einer Entwicklung, die den Handlungsspielraum und die Gestaltungsmöglichkeiten des Nationalstaats immer weiter einschränkt, gewinnt der Bereich der Politik der Inneren Sicherheit aus mehreren Gründen zusehends an Bedeutung. Zum einen verfügt die staatliche Politik hier über ein weitgehendes Deutungsmonopol, das sie sich mit den Medien teilt, die ihrerseits wieder von politischen Quellen abhängen; zum anderen lassen sich politische Problemdiagnosen und Lösungsvorschläge eng koppeln, da die Bekämpfung von Bedrohungen der Inneren Sicherheit nach wie vor als weitgehend exklusive Aufgabe des Nationalstaates gilt. Politisch relevante Themen im Bereich der Inneren Sicherheit bieten zudem die Möglichkeit eines Loyalitätsgewinns: Gelingt es, in der öffentlichen Diskussion die Vor-

stellung einer Bedrohung durch diese oder jene Form von Kriminalität zu verbreiten, so kann in einem zweiten Schritt die angemessene politische Maßnahme zur Beseitigung dieser Bedrohung präsentiert werden und damit erzeugt die Politik den Eindruck, sie trage durch ihre beherzt ergriffenen Maßnahmen zur Sicherheit von Staat und Gesellschaft bei. Großflächig inszenierte moralische Paniken, wie sie aktuell etwa in den westlichen Gesellschaften in der Folge der realen oder vermeintlichen Bedrohung durch politisch motivierte Terroranschläge zu beobachten sind, eignen sich hier als Anschauungsmaterial. Wie dabei politisch-strategisch motivierte Überlegungen mit sachlichen Argumenten kollidieren, um letztlich zu politisch kalkulierten publikumswirksamen Maßnahmen zu führen, ist aus der Binnenperspektive der beteiligten Experten eindrucksvoll nachgezeichnet worden (vgl. etwa die Darstellung des ehemaligen Sicherheitsberaters der amerikanischen Regierung, Richard Clarke [2004] oder die Analyse von Philipp Sarasin über Anthrax und Bioterror als Phantasma [2004]).

Wie kaum ein anderes Politikfeld, mit Ausnahme vielleicht der Politik der Bedrohung der äußeren Sicherheit, ist die Politik der Inneren Sicherheit durch sozialpsychologisch rekonstruierbare Mechanismen von Einschluss und Ausschluss bestimmt (vgl. etwa Billig 1995). Im semantischen Rahmen von Law and Order lassen sich unerklärte Bürgerkriege führen, lässt sich der Abbau von bürgerlichen Freiheitsrechten durchsetzen und werden unpopuläre Maßnahmen in einer von Bedrohungsgefühlen verängstigten Bevölkerung mehrheitsfähig.

Dementsprechend wird die Rolle der Wissenschaft in diesem Politikbereich häufig entlang der Dimension Dramatisierung vs. Entdramatisierung diskutiert. Sollte im Angesicht einer aufgeheizten politischen Kampagne gegen diesen oder jenen suitable enemy für mehr Augenmaß und rechtsstaatliche Zurückhaltung votiert werden, oder ist es die Aufgabe der Wissenschaft, das Ausmaß nicht wahrgenommener Bedrohungen sichtbar zu machen und entsprechende Anregungen für die Reaktion der Politik zu geben. Diese Engführung des Problems Wissenschaft und Politik blendet eine Vielzahl von Aspekten aus. Im folgenden soll an einem konkreten Fallbeispiel versucht werden, diese Beschränkung zu überwinden.

Die hier als heuristisches Raster vorgeschlagene Kombinatorik möglicher Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik lässt sich dabei im Sinne einer Differenzierung von Ebenen entlang der Dimension Mikro-Makro deuten. Die Politik der Inneren Sicherheit gewinnt dadurch eine komplexere Gestalt. Unterschiedliche Argumentationsformen, Akteurskonstellationen, Diskurse und Kontroversen entwickeln sich, so die hier zugrunde liegende Annahme, auf verschiedenen, analytisch zu differenzierenden Ebenen. Die empirische Demokratietheorie etwa liefert ein plausibles Deutungsschema für die Art und Weise, wie Probleme der Politik der Inneren Sicherheit in der medialen Berichterstattung auf dem Forum einer allgemeinen Öffent-

lichkeit verhandelt werden. Hier geht es beispielsweise um politisch motivierte Slogans vom Typ *Tough on Crime and tough on the Causes of Crime*, um Fragen nach der besonderen Kriminalitätsbelastung bestimmter Bevölkerungsgruppen, wie beispielsweise ausländischer Jugendlicher oder um als besonders bedrohlich wahrgenommene soziale Probleme wie organisierte Kriminalität oder Drogenmissbrauch. Wissenschaft taucht hier meist in der Form von „neuesten Erkenntnissen“ aus der kriminologischen Forschung auf, die einen erheblichen Anstieg in diesem oder jenem Bereich zutage gefördert hätten. Eine Ebene tiefer sind die motivationalen, sozialen und kognitiven Voraussetzungen für komplexere Debatten vorhanden, wie sie im Paradigma der deliberativen Politik angenommen werden. Argumente und Auseinandersetzungen greifen hier auf eine größere Wissensbasis zurück, es werden differenziertere Positionen eingenommen (z.B. soll man in diesem oder jenem Fall überhaupt auf die Mittel des Strafrechts zurückgreifen?) und die Konstellation der Akteure differenziert sich in professionpolitische Gruppierungen (Sozialarbeiter, Wohlfahrtsverbände, Politiker, Polizisten, Angehörige der juristischen Professionen etc.) aus. Auf dieser Ebene herrscht eine weit größere Rezeptivität für wissenschaftliches Wissen jenseits der dramatisierenden Kalkulation von Steigerungsraten der Kriminalitätsbelastung. Letztlich findet sich auf der Mikroebene des alltäglichen Umgangs mit den Problemen der Inneren Sicherheit bei Polizei, Justiz und anderen Behörden Anschauungsmaterial für eine Governance-Perspektive. Hier geht es den Akteuren um die Lösung mundaner Probleme, für die politisch-strategische oder normative Aspekte nur die argumentative Umwelt bieten. Ein klassisches Beispiel für die praktische Bedeutung dieser Mikroebene war der Versuch, in Deutschland eine Polizeistrategie nach dem Vorbild des in New York praktizierten Ansatzes der Zero Tolerance durchzusetzen. Wer zur Hochzeit der politischen Diskussion über dieses Thema mit Polizeipraktikern gesprochen hat, konnte lernen, dass die Bereitschaft zur Übernahme entsprechender Maßnahmen in den eigenen Alltag sehr gering war. Die Gründe dafür lagen keineswegs im Bereich der in der politischen Diskussion behaupteten Zusammenhänge zwischen proaktiver Polizeiarbeit bzw. offensiver Präsenz und sinkenden Kriminalitätsraten. Vielmehr ging es hier um die mit einer solchen Strategie verbundenen Folgen für die eingespielten Routinen der eigenen Tätigkeit und den befürchteten Zuwachs an Kontrolle, Aufgaben und Verantwortlichkeiten. Die in der allgemeinen politischen Öffentlichkeit als neue Sicherheitspolitik diskutierte Strategie wurde vor Ort im Wesentlichen als Störung eingespielter Arbeitsroutinen wahrgenommen und dementsprechend mehrheitlich abgelehnt.

Subjektives Sicherheitsempfinden - Eine Fallstudie anhand von zwei Beispielen

In den letzten Jahren hat sich das Interesse und der Fokus der Politik der Inneren Sicherheit erweitert. Es geht jetzt nicht mehr nur um Fragen der objektiven Sicherheitslage, sondern zusehends tauchen Fragen nach dem subjektiven Sicherheitsempfinden auf. Subjektives Sicherheitsempfinden hat sich zu einem eigenständigen Gegenstand von Forschung und Politik entwickelt. Dieser Differenzierungsprozess wäre für sich genommen ein Gegenstand, der unter dem Aspekt der Verwissenschaftlichung analysiert werden könnte. Wir wollen im folgenden anhand von zwei kleineren Forschungsprojekten, die in politischen Verwertungszusammenhängen verortet sind, versuchen, die vielfältigen Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik unter Zuhilfenahme des oben entwickelten analytischen Rasters darzustellen. Es handelt sich dabei um Formen der Auftragsforschung, die ein spezifisches Thema - subjektives Sicherheitsempfinden - aufgreifen. Das eine Projekt hatte als Auftraggeber die Betreibergesellschaft des ÖPNV in einer deutschen Großstadt, hier ging es um das subjektive Sicherheitsempfinden der Fahrgäste der städtischen U-Bahn und um die Erarbeitung von Maßnahmen, die zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Fahrgäste ergriffen werden können. Auftraggeber des zweiten Projekts war eine Oppositionsfraktion in einem deutschen Landesparlament. Bei diesem Projekt sollten Erkenntnisse über das subjektive Sicherheitsempfinden der Bewohner in ausgewählten Problemvierteln von zwei Großstädten des Bundeslandes gewonnen werden. An beiden Projekten war der Autor dieses Beitrags an zentraler Stelle beteiligt.

1. Die politische Genese und Verwendung von wissenschaftlicher Forschung

Beide Projekte stehen zwar in politischen Verwertungszusammenhängen und versuchen, Antworten auf politisch definierte Fragen zu geben, den Anstoß zu ihrer Durchführung gab aber jeweils eine Initiative von außen. Die Idee zu beiden Projekten wurde an die Auftraggeber von den Wissenschaftlern herangetragen. Hier zeigt sich bereits ein wichtiger Aspekt. In vielen Fällen kommt der unmittelbare Anstoß für entsprechende Forschungsprojekte nicht direkt von der Politik, sondern es sind entweder Akquisitionsbemühungen der Wissenschaft, die zur Realisierung führen oder es kristallisieren sich in informellen Diskussionen und Kontakten zwischen Wissenschaft und Politik Themen und Fragestellungen heraus, die dann in einen konkreten Forschungsauftrag münden. Es existieren hier verschiedene institutionalisierte Formen der Generierung von Forschungsprojekten, wie etwa die Etablierung von Forschungsprogrammen von Ministerien oder die öffentliche Ausschreibung konkreter Forschungsprojekte durch die Administration. Allerdings sind im engeren Bereich der Politik der Inneren Sicherheit derartige Programme bisher nur auf europäischer Ebene eingerichtet worden. Auf nationaler Ebene

war in Deutschland die Erstellung des Ersten Periodischen Sicherheitsberichts die erste nennenswerte Initiative zu einer systematischen Verwissenschaftlichung auf der Basis kriminologischen Expertenwissens in diesem Bereich, die von der Politik ausging. Das mag unterschiedliche Gründe haben. So wird in Deutschland das Thema Innere Sicherheit (noch) nicht als Gegenstand akademischen Wissens begriffen, wie etwa im angelsächsischen Sprachraum, wo z.B. die Forschungsinitiativen des Home Office in England oder des National Institute of Justice in den USA die wissenschaftliche Diskussion mitbestimmen und einen institutionalisierten Austausch zwischen Praxis und Wissenschaft ermöglichen.

In dieser Vorphase des eigentlichen Forschungsprozesses werden die wichtigen Aspekte der politischen Verwertbarkeit explizit angesprochen und diskutiert. Das Interesse der potentiellen Auftraggeber konzentriert sich sowohl auf inhaltliche Fragen als auch darauf, wie die zu erwartenden Ergebnisse in den Prozess der politischen Auseinandersetzung eingebaut werden können. So war es etwa im Rahmen der beiden hier diskutierten Forschungsprojekte eine vorab offene Frage, ob das subjektive Sicherheitsempfinden gemessen an anderen Populationen oder Studien besser oder schlechter sei, es ging also durchaus auch um die Beantwortung substantieller Fragen und nicht um die Produktion gewünschter Ergebnisse. Aber für jeden dieser Fälle wurde zugleich auch überlegt, welche Konsequenzen daraus zu ziehen seien und wie entsprechende Befunde in einem politischen Argumentationszusammenhang nutzbringend zu verwenden wären.

Im Rahmen der Diskussion über die Untersuchung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Fahrgäste des ÖPNV spielten folgende Überlegungen eine Rolle: Jeder Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel geht mit einem bestimmten Betrag in die Kalkulation des Unternehmens ein. Geht man davon aus, ein Befund, der sich bei einer ähnlich angelegten Untersuchung in einer anderen Großstadt ergeben hatte, dass ein nicht unerheblicher Prozentsatz der potentiellen Fahrgäste die Angebote des ÖPNV nicht nutzen, weil sie Bedenken bezüglich ihrer Sicherheit haben, so errechnet sich daraus bei einer vorgegebenen Anzahl täglicher Nutzer ein relativ hoher Betrag an entgangenen Einnahmen. Gelingt es, im Rahmen einer Untersuchung über das subjektive Sicherheitsempfinden das Ausmaß und die Ursachen des Problems zu identifizieren, so gewinnt man dadurch Anhaltspunkte für Verbesserungen und Argumente zur Durchsetzung finanzieller Forderungen für Investitionen, die der Erhöhung der Sicherheit dienen, gegenüber dem kommunalen Träger. Auf dieser Ebene wurden reflexive Fragen, etwa ob und inwieweit Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit kontraproduktive Nebenfolgen haben können, ob die Fokussierung auf das Thema Sicherheit für ein Unternehmen, das öffentliche Dienstleistungen anbietet, sinnvoll ist, etc., ausgeklammert. Die für die Genehmigung des Projekts zuständige Unternehmensleitung war an solchen Fragen nicht interessiert. Ihr ging es strikt um die mögliche Verwertbarkeit der zu erwartenden Ergebnisse nach dem Motto: Was bringt uns das?

Auch auf der Ebene der politischen Verwertung der Ergebnisse spielen strategische Überlegungen eine zentrale Rolle. So wurde etwa im Fall der Untersuchung über das Sicherheitsempfinden der ÖPNV-Nutzer ein Forschungsplan verabschiedet, der einen bestimmten Abgabetermin vorsah. Die Ergebnisse wurden auch termingerecht vorgelegt und im inneren Kreis der beteiligten Mitarbeiter des Unternehmens präsentiert. Doch verschob man die mediale Verwertung und die öffentliche Präsentation mehrmals, da lokalpolitische Gründe dem entgegenstanden. Zwar wurden die Befunde im Unternehmen diskutiert, ebenso überlegte man sich Maßnahmen und Schlussfolgerungen, die aus den Ergebnissen der Untersuchung möglicherweise zu ziehen wären, aber die im eigentlichen Sinne politisch brauchbare Präsentation der Befunde zog sich über Monate hin, da die Unternehmensleitung politische Rücksichtnahmen geltend machte.

Ähnlich verlief der Prozess im zweiten Fall. Auch hier gab es klare politisch definierte Fragestellungen und ein offenes Interesse an den möglichen Ergebnissen. Auch hier ging die Initiative zur Durchführung des Forschungsprojekts von der Seite der Wissenschaft aus und die unmittelbare Verwendung der Befunde beschränkte sich auf eine mediengängige, zuspitzende Zusammenfassung einiger weniger mehr oder weniger spektakulärer Ergebnisse der Studie. Es wurde betont, dass aufgrund der Ergebnisse der Untersuchung das subjektive Sicherheitsgefühl in den Problemvierteln besser ist, als allgemein in der politischen Diskussion behauptet wird, dass die Sorgen der Bewohner weniger um das Thema Kriminalität, als um Fragen aus dem Bereich der Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen kreisten und dass sich keineswegs eine Zustimmung für mehr Polizei und härteres Vorgehen gegen Kriminalität nachweisen ließ.

2. Die praktische Durchführung und Diskurse auf der Ebene von Experten

Beschränkt man sich auf die an der Oberfläche aus der Beobachterperspektive sichtbaren Prozesse der Verwissenschaftlichung, dann finden sich hier Belege für einen gezielt strategischen Umgang mit der Ressource wissenschaftliches Wissen durch die Politik. Bestenfalls lässt sich hier noch eine Entwicklung der reaktiven Rationalisierung ausmachen: Wenn die Regierung sich in ihren Verlautbarungen über den Erfolg ihrer Politik auf die Befunde der von ihr beauftragten Forschungsinstitute stützt, dann ist die Opposition, um auf gleicher Ebene dagegenzuhalten, gezwungen, sich mit ihrer Kritik der Regierungspolitik ebenfalls auf wissenschaftliche Ergebnisse zu berufen. Allerdings bleiben bei dieser Betrachtungsweise eine Vielzahl weiterer wichtiger Aspekte ausgeblendet. Betrachten wir wieder eines der hier diskutierten Beispiele. Im Rahmen der Untersuchung über das subjektive Sicherheitsempfinden der Kunden des ÖPNV fanden eine Reihe von Workshops und Gesprächen mit den Abteilungsleitern und zuständigen Mitarbeitern des Unternehmens statt. Die für Sicherheit, Fahrgastbetreuung, Technik, Marketing und

Personal zuständigen Fachleute diskutierten mit den Wissenschaftlern über das geplante Forschungsprojekt und die speziell für das Unternehmen wichtigen Fragen, die darin behandelt werden sollten. Die Thematik subjektives Sicherheitsempfinden wurde hier zum Gegenstand einer inhaltlichen Kritik vor dem Hintergrund der praktischen Erfahrungen der Diskussionsteilnehmer. Solche Debatten erinnerten eher an eine akademische Seminardiskussion, es ging in erster Linie um die Explikation der je individuellen Standpunkte und die Entwicklung eines gemeinsamen Methoden- und Problemverständnisses. In solchen argumentativen Auseinandersetzungen sind im Idealfall Lerneffekte auf allen Seiten zu verbuchen. Der analytische Witz dieser Konstellation im Kontext der hier diskutierten Fragestellung ist die Ähnlichkeit mit dem Modell deliberativer Politik. Die „Diskursteilnehmer“ verhandeln über die rationale Lösung pragmatischer, ethischer und moralischer Fragen auf der Basis und vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen. In diesen Diskussionen ging es um Fragen nach der operationalen Fassung des Begriffs subjektives Sicherheitsgefühl: sollte man sich dabei auf Fragen der Kriminalitätsfurcht konzentrieren, oder wäre es sinnvoller, weitere Dimensionen zu berücksichtigen? Entwickelt sich Unsicherheit auch aufgrund der baulichen Beschaffenheit, der relativen Leere von Bahnhöfen zu fahrgastarmen Zeiten oder aufgrund anderer, objektiv ungefährlicher, aber subjektiv bedrohlich wirkender Faktoren? Welche Sekundäreffekte würde eine Befragung der Fahrgäste zum Thema Sicherheit hervorrufen? Besteht bei einem solchen Projekt nicht die Gefahr, dass man ‚schlafende Hunde‘ weckt und das Thema Sicherheit ins Bewusstsein ruft und die vermutete Unsicherheit, die beseitigt werden soll, verstärkt? Diese Frage schien von zentraler Bedeutung, weil in den letzten Jahren, abgesehen von ein oder zwei spektakulären Fällen, die U-Bahn in dieser Stadt unter kriminalgeographischen Gesichtspunkten zu den sicheren Orten im Stadtgebiet gehörte. Die PKS registrierte in diesem Bereich relativ wenige Delikte. Derartige Diskussionen fanden mehrmals statt: vor Beginn der Erhebung, während der Untersuchung im Rahmen der Präsentation von Zwischenergebnissen und am Ende bei der Vorstellung des Endberichts. Dabei zeigte sich eine hohe Rezeptivität und große Offenheit gegenüber den wissenschaftlichen Befunden. Als sich beispielsweise abzeichnete, dass bestimmte Routen oder Bahnhöfe des U-Bahn-Netzes unter Sicherheitsgesichtspunkten von den befragten Fahrgästen eher schlecht beurteilt wurden, überlegte man in der Runde, welche Maßnahmen hier ergriffen werden sollten. Dabei ging es keineswegs in erster Linie um eine Erhöhung der Kontrolldichte durch verstärkte sichtbare Präsenz von Angehörigen der städtischen U-Bahnwache oder einen Ausbau der Videoüberwachung, sondern vor allen Dingen um eher diffuse Maßnahmen wie die Verbesserung der Beleuchtung oder die Installation von Videobildschirmen mit Animationsprogrammen auf den Bahnsteigen zur Ablenkung und Unterhaltung der wartenden Fahrgäste. Derartige Diskussionen zeigen, dass eine Auseinandersetzung mit den Befunden der Forschung durchaus zu kritischen Einsichten bei den Adressaten führen kann.

In gewisser Weise handelt es sich bei diesem Beispiel um einen gelungenen Fall von Kooperation zwischen Wissenschaft und Praxis, da es im Rahmen des Forschungsprozesses möglich war, das kritische Reflexionspotential kriminologischen Wissens über das Problem subjektives Sicherheitsempfinden in die Diskussionsprozesse der Institution einzuspeisen und für die Entwicklung praktischer Maßnahmen fruchtbar zu machen.

Etwas anders verhielt es sich im zweiten Fall, der Untersuchung über das subjektive Sicherheitsgefühl in zwei städtischen Problemgebieten. Hier war der Verwendungs- und Argumentationszusammenhang vorab auf eine politisch-strategische Konstellation abgestellt. Ausgangspunkt war die gebetsmühlenhaft wiederholte Behauptung des Innenministers, die niedrige Kriminalitätsrate in dem Bundesland sei die Konsequenz eines harten Durchgreifens der Polizei und die Bürger schätzten diese Politik. Die Idee zu einem entsprechenden Forschungsprojekt wurde an die Vertreter der Oppositionsfraktion von der Wissenschaft im Rahmen informeller Diskussionen herangetragen. Das Ziel war von vorneherein relativ klar definiert: es bestand die begründete Vermutung, dass sich bei einer Untersuchung über das subjektive Sicherheitsempfinden in der Tendenz jene Befunde bestätigen würden, die in der Literatur genannt werden (Frevel 1998). Dieser Nachweis sollte erbracht und in die sicherheitspolitische Diskussion auf Landesebene eingebracht werden. Wir haben es also hier eher mit einem Fall reaktiver Rationalisierung zu tun: Gegen öffentlich vorgebrachte Behauptungen aus dem Feld der politischen Selbstdarstellung sollten wissenschaftlich begründete Argumente ins Feld geführt werden. Die Verwertung der erwarteten Ergebnisse, die als Argumente gegen die offizielle Politik dienen konnten, geschah im Rahmen einer Präsentation im Arbeitskreis Innere Sicherheit der Fraktion, sowie in einer Pressekonferenz, die von den entsprechenden Fachabgeordneten veranstaltet wurde und an die sich ein Pressegespräch der Wissenschaftler, von denen die Studie durchgeführt wurde, mit Journalisten anschloss. Eine weiterführende Verwendung der Ergebnisse hätte in diesem Fall in parlamentarischen Initiativen (parlamentarische Anträge und Anfragen) bestehen können. Allerdings verhinderte eine personelle Veränderung nach der Landtagswahl weitere Initiativen aufgrund der Ergebnisse der Untersuchung.

3. Folgen

Die Ebene der praktischen Folgen wäre in der hier vorgeschlagenen Heuristik zur Differenzierung unterschiedlicher Ebenen und Dimensionen mit Hilfe des Governance-Modells als Politiktypus und des Begriffs der Episteme als angemessener Konzeptualisierung der relevanten Wissensform zu erfassen. Nach der Logik dieser Heuristik geht es hier weniger um die Spezifik des wissenschaftlichen Fachwissens, sondern um die Frage, was lässt sich mit dem, was wir wissen, anfangen und wie verändert die Rezeption des wissenschaftlichen Wissens die Wahrnehmung in einem allgemeineren

Sinne. Gleicht die Auseinandersetzung über die Ergebnisse der Forschung im Rahmen von Diskussionen mit den Abnehmern eher einem Diskurs nach dem Modell der deliberativen Politik, so könnte man auf dieser Ebene entweder von Bricolage, d.h. des experimentellen Bastelns mit gefundenen und vorhandenen Versatzstücken im Sinne von Claude Levi-Strauss sprechen oder aber auch von unspezifischer Folgenbearbeitung. Es werden die Einsichten, die aus der Rezeption der Ergebnisse gewonnen wurden, in andere praktische Handlungsfelder umgesetzt.

Ein kurzes Beispiel soll hier genügen, um diese unspezifische Art möglicher Folgen der ‚Wissensverwendung‘ zu verdeutlichen. Die Untersuchung über die Unsicherheitsempfindungen der ÖPNV-Fahrgäste hatte gezeigt, dass sich die Befragten sicher fühlen, wenn Personal des Unternehmens, das als solches erkennbar ist, auf dem Bahnsteig oder in den Zügen zu sehen ist. Dieser Befund führte zu Überlegungen, wie das technische Personal, das zwar in den Anlagen des U-Bahnnetzes seine Aufenthaltsräume hatte, aber nur bei technischen Störungen oder Wartungsarbeiten für die Fahrgäste wahrnehmbar wurde, zur Erhöhung der sichtbaren Personalpräsenz genutzt werden könnte. Die Diskussion mit den Personalverantwortlichen nahm hier einerseits die Befunde der Untersuchung auf, thematisierte das Problem aber in einem viel allgemeineren Problemhorizont. Es ging beispielsweise um die Frage, ob und wie das technische Personal Servicefunktionen im Rahmen der Fahrgastbetreuung übernehmen könnte, wie sich seine Sichtbarkeit erhöhen ließe (die Mechaniker verbrachten viel Zeit in ihren Aufenthaltsräumen und warteten auf die von der Zentrale erteilten Aufträge) und wie den Mitarbeitern die Idee einer solchen Veränderung ihrer Arbeitsroutinen nahe gebracht werden könnte. Probleme dieses Typs sind einerseits von der ursprünglichen Fragestellung subjektives Sicherheitsempfinden sehr weit entfernt, andererseits aber durch die entsprechende Forschung auf die Tagesordnung geraten. Die Frage nach der ‚Anmutung‘ des gesamten ÖPNV-Systems, die durch die Debatte über das subjektive Sicherheitsempfinden der Fahrgäste angestoßen wurde, eröffnete neue Perspektiven, die weit von kriminologischen Fragen im engeren Sinne entfernt waren, obwohl sie von diesen ihren Ausgangspunkt genommen hatten.

Solche Beispiele zeigen vor allen Dingen, dass der Prozess der Verwendung und die Wirkungsgeschichte der Rezeption wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht linear und nicht eindimensional verläuft. Wissenschaftliche Befunde wirken als Intervention in organisatorischen Alltagsroutinen eher wie der äußere Anstoß, der ein Mobile in Bewegung setzt und damit unerwartet neue Konstellationen schafft und neue Perspektiven eröffnet. Solche Effekte sind im Einzelnen weder planbar, noch prognostizierbar. Man kann sie mit etwas Glück diagnostizieren, wenn sie eintreten und man noch den Einblick in die jeweilige Organisation hat, was nicht immer der Fall ist, da sich Wissenschaftler als Experten oder Berater zumeist nach Erledigung ihres eng definierten Auftrags wieder zurückziehen.

Für die Wahrnehmung solcher Folgen ist auch eine Erweiterung des analytischen Horizonts erforderlich. Hier könnte die akademische Wissenschaft in

ihren Kontakten mit unterschiedlichen Politik- und Praxisfeldern einiges von den Untersuchungen über die Wirkungsweise unterschiedlicher Strategien der Organisationsberatung und -entwicklung lernen (s. etwa Senge 1998), wobei hier darüber hinaus reflexive Lerneffekte zu verbuchen wären: Oft bedient sich die Literatur in diesem Feld soziologischer Paradigmen zur Erklärung von Prozessen und Entwicklungen in Organisationen und nutzt damit einen konzeptuellen Werkzeugkasten, mit dessen Gerätschaften der professionelle Sozialwissenschaftler durchaus umgehen kann, nur weigert er sich zumeist, sie auch auf seine eigene Tätigkeit anzuwenden.

Schlussfolgerungen

Wir waren von der Frage nach dem Verhältnis von Politik und Wissenschaft ausgegangen und haben einige Aspekte dieses Verhältnisses anhand von Beispielen näher beleuchtet. Dabei wurde versucht, eine Differenzierung verschiedener Politik- und Wissensbegriffe zu verwenden, um unterschiedliche Dimensionen in den Blick zu bekommen. Dabei zeigte sich, dass die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Politik im Bereich soziale Kontrolle und Innere Sicherheit sich nicht auf die Frage nach dem Erfolg von einfachen und normativ eindeutig zu bewertenden Rationalisierungseffekten reduzieren lassen. Insbesondere wurde deutlich, dass eine Analyse, die sich auf die Ebene der Politik mit großem P beschränkt, deren Diskurs im Wesentlichen auf dem Forum der medial vermittelten Öffentlichkeit stattfindet, das Problem nur sehr beschränkt erfasst. Die Wirkungen von wissenschaftlichem Wissen müssen auch auf den nachgeordneten Ebenen der Verwaltung und in längeren Zeiträumen untersucht werden, um ein umfassendes Verständnis von Verwissenschaftlichungsprozessen zu entwickeln.

Es lassen sich somit vom Standpunkt einer sich als kritisch verstehenden Kriminologie unterschiedliche Aufgaben und Rollen für die Wissenschaft in ihrem Verhältnis zur Politik typisieren.

Auf der Ebene jener Politik, die Schumpeter für seine Analysen Modell stand, sind Publikationen wie der Erste Periodische Sicherheitsbericht angesiedelt. Hier werden kriminologische Befunde verbreitet und politisch-medial verarbeitet, deren wissenschaftlicher Gehalt oft im umgekehrt proportionalen Verhältnis zu der ihnen zuteil werdenden Aufmerksamkeit steht. Auf dieser Ebene ließe sich die Aufgabe der kritischen Kriminologie als kritisches gegenhegemoniales Rasonieren bezeichnen. Gemäß der Knappheitslogik der medial vermittelten Öffentlichkeit geht es hier um die Sicherung eines *share of voice* für Positionen und Befunde der kritischen Kriminologie, entweder direkt über die Medien oder über die hochrangigen Gremien der Politikformulierung. Allerdings steht dem die spezifische politische Psychologie der Politik der Inneren Sicherheit entgegen: es ist einfacher für dramatisierende und bedrohliche Neuigkeiten Gehör zu finden, als komplexe Bedingungsver-

hältnisse zu vermitteln, die eine völlig andere Interpretation (und damit auch eine andere Politik) nahe legen.

Folgt man der Architektur des hier vorgeschlagenen Modells so wäre die Aufgabe der kritischen Kriminologen im Rahmen deliberativer Politik als ‚Aufklärung‘ zu begreifen. In der Auseinandersetzung mit Experten aus der öffentlichen Verwaltung oder der Organisation entsprechender Institutionen (von Polizei, über die Justiz bis hin in den Bereich der Sanktionsinstanzen, aber im Bereich der vorgelagerten Kontrollinstanzen oder gar, wie im hier diskutierten Fall dem ÖPNV) steht die kritische Kriminologie vor der Aufgabe, mit ihren Erkenntnissen für bessere Einsichten zu werben. Diese Prozesse sind im Idealfall diskursiv strukturiert und können Reflexionsprozesse auslösen, die wiederum zu Veränderungen administrativer Praktiken führen können.

Diese oft inkrementalen und aus den Höhen des theoretisch anspruchsvollen Diskurses oft vernachlässigten Veränderungen der Praxis vor Ort entgehen dem kritisch kriminologischen Blick meist und sind in aller Regel auch nicht die Domäne akademischer Kriminologen. In diesem Feld tummeln sich eher die Experten des kommerziellen Beratungsgewerbes.

Das Kapital der kritischen Kriminologie unter heutigen Bedingungen ist ihre unabhängige und von ideologischen und pragmatischen Betriebsblindheiten freie Sicht auf das System der sozialen Kontrolle. Dieses Kapital zu wahren - und wenn möglich zu mehren - sollte das Hauptanliegen der Disziplin, gerade im Angesicht der derzeit zu beobachtenden intellektuellen Agonie des kritischen Projekts sein. Gleichzeitig tut sich hinter dem Horizont des Elfenbeinturms, zu dem die Disziplin Distanz hält, mehr, als es die kritische Kriminologie wahrnimmt. Will man der doppelten Gefahr entgegen, sich entweder ungehört und folgenlos in vornehmer Zurückhaltung aus den Niederungen der Politik herauszuhalten oder als organischer Akademiker des Kriminaljustizsystems mit getrübttem Blick darin aufzugehen, ist weitere theoretische Anstrengung und Differenzierung erforderlich.

Literatur

Badura, Bernd (Hrsg.) (1976): Seminar: Angewandte Sozialforschung, Frankfurt/M.

Beck, Ulrich/Bonss, Wolfgang (Hrsg.) (1989): Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Frankfurt/M.

Billig, Michael (1995): Banal Nationalism, London.

Brusten, Manfred (1981): Staatliche Institutionalisierung kriminologischer Forschung, in: Kury, Helmut (Hrsg.): Perspektiven und Probleme kriminologischer Forschung, Köln.

Castells Manuel (2000): The Rise of the Network Society, Vol. 1, Oxford.

Clarke Richard C. (2004): Against all Enemies. Inside America's War on Terror, New York.

Frevel, Bernd (1998): Wer hat Angst vor'm bösen Mann, Baden-Baden.

- Guehenno, Jean-Marie (1994): Das Ende der Demokratie, München.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/M.
- Kreissl, Reinhard (2004): Zwischen Zauberlehrling und Volkskunstkritiker - Wirkungsweisen kriminologischen Wissens in der Praxis des Kriminaljustizsystems, in: Pilgram, Arno/Prittowitz, Cornelius (Hrsg.): Kriminologie. Akteurin und Kritikerin gesellschaftlicher Entwicklung. Über das schwierige Verhältnis der Wissenschaft zu den Verwaltern der Sicherheit. Jahrbuch für Rechts-und Kriminalsoziologie, Baden-Baden (im Erscheinen).
- Peters, Helge/Sack, Fritz (2003): Von mäßiger Fortschrittlichkeit und soziologischer Irrelevanz. Zum „Ersten Periodischen Sicherheitsbericht“, Kriminologisches Journal 35, S. 17-29.
- Sarasin, Paul (2004): Anthrax - Bioterror als Phantasma, Frankfurt/M.
- Senge, Peter M. (1998): Die fünfte Disziplin, Stuttgart.
- Schumpeter, Joseph A. (1993): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie (7. Auflage), Tübingen und Basel.
- Urry, John (2001): Sociology beyond Societies, London.

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; rkreissl@aol.com